



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	28. Sitzung
Datum	Montag, den 23.03.2009
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 131 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Litzinger,	SPD
Stellv. Ausschussvorsitzende Adamietz,	CDU
Stadtverordneter Agel,	SPD
Stadtverordneter Wagner, Manfred (i.V.f. Stv. Volk)	SPD
Stadtverordneter Weidmann,	SPD
Stadtverordnete Weiß, Ursula (i.V.f. Stv. Hedderich)	CDU
Stadtverordneter Breidsprecher, (i.V.f. Stv. Steinraths bis 18.40 Uhr)	CDU
Stadtverordneter Steinraths, (ab 18.40 Uhr)	CDU
Stadtverordnete Weiß, Petra	CDU
Stadtverordneter Dr. Wagner, Frank	FW
Stadtverordneter Borchers, (i.V.f. Stv. Weigel)	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzender Dr. Bürger, (i.V.f. Stv. Meißner)	FDP

vom Magistrat:

Bürgermeister Lattermann,	CDU
---------------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Matzke, Koordinationsbüro Dez. II	ohne
Frau Grotstollen, Jugendamt	ohne

Frau Dr. Eichler, Städtische Sammlungen
Herr Bauer, Kämmerei (zu TOP 2)

ohne
ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Feth, als Schriftführer
Frau John

ferner war anwesend:

Herr Tekin, Ausländerbeirat

AV Litzinger eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Der Ausschuss befürwortete einstimmig die nachstehende

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 26.01.2009

TOP 2

Haushalt 2009

- Antragsberatung -

TOP 3

1185/08

**Informationsveranstaltung zur Durchführung
eines Projektes „Mehrgenerationenwohnen“**

I/432

TOP 4

1255/09

Städtische Museen Wetzlar

Eintrittsbefreiung für Wetzlarer Schüler

I/449

TOP 5

1229/09

Optimierung der Verwaltungsgliederung

- Sportamt -

I/444

TOP 6

1271/09

Einführung eines Stadtpasses

I/451

TOP 7

1214/09

Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit

„Soziale Stadt“, Silhöfer Aue / Westend

I/446

Mitteilungsvorlage

TOP 8

Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"

a) Westend

b) Niedergirmes

- Sachstandsbericht -

TOP 9

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 26.01.2009

Mitteilungen und Anfragen

Keine.

Niederschrift vom 26.01.2009

AV L i t z i n g e r trug einen Änderungswunsch von Herrn Hofmann, Jugendbildungs-
werk, auf Seite 4 (vorletzter Absatz) vor:

„.....Stve. Volk erkundigte sich, ob die Lehrerschaft nicht in ein solches Projekt mit ein-
bezogen werden könne. Herr Hofmann stellte fest, dass dies nur punktuell auf Resonanz
gestoßen sei.“

Die Niederschrift wurde einstimmig - mit o. g. Änderung - genehmigt.

TOP 2

Haushalt 2009

- Antragsberatung -

AV L i t z i n g e r erklärte, dass das seit Jahren praktizierte Verfahren zur Haushalts-
beratung in diesem Jahr aus Zeitmangel nicht stattfinden könne. Dennoch möchte der
Ausschuss Fragen zum Haushaltsplanentwurf an den Magistrat stellen.

Seite 320 - Produktgruppe 0620 „Förderung von Kindern in Tagespflege“

Stv. B o r c h e r s bemängelte, dass keine Personalkosten ausgewiesen seien. Bgm. L a t t e r m a n n erklärte, dass die Personalkosten erst ab dem nächsten Jahr den jeweiligen Produkten zugeordnet werden könnten. Auf Nachfrage von Stv. B o r c h e r s erläuterte Bgm. L a t t e r m a n n, dass in manchen Bereichen die Personalzuordnung leicht möglich gewesen sei und deshalb bereits vorgenommen wurde. In den übrigen Bereichen sei dies für das kommende Jahr geplant.

Seite 97 - Produktgruppe 0105 „Unterstützung, Betreuung und Beratung der Gemeindeorgane“

AV L i t z i n g e r wies darauf hin, dass der dort ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 5.000 € zum Präventionsprojekt IB zur Produktgruppe 0670 - Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen - gehört (Seite 393).

Seite 438 - Produkt 0695100 „Einrichtungen der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit)“

Obwohl in der Produktbeschreibung ausdrücklich die Personalkosten genannt seien, fehlten sie im Teilergebnishaushalt, kritisierte Stv. B o r c h e r s. Bgm. L a t t e r m a n n verwies auf seine zuvor zu diesem Thema gemachten Ausführungen.

Seite 427 - Produkt 0690100 „Städtische Kindertageseinrichtungen“

Auf Hinweis, dass die Planungskosten fehlten, erwiderte Bgm. L a t t e r m a n n, dass diese in die Änderungsliste aufgenommen worden seien.

Seiten 445 - 447 - Produktgruppe 0810 „Sportförderung“

Stv. B o r c h e r s bezog sich auf die auf Seite 447 angegebenen Summen hinsichtlich der „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und der „Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzausgaben“ und merkte an, dass diese nicht mit den entsprechenden Angaben auf Seite 445 übereinstimmen. Bgm. L a t t e r m a n n sagte Klärung zu.

Seite 447: AV L i t z i n g e r erinnerte Bgm. Lattermann an die zugesagte Aufschlüsselung der 260.000 € „Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände“.

Seite 456 - Produkt 0820100 „Bäder“

AV L i t z i n g e r wies darauf hin, dass es sich richtigerweise um das Europabad handele.

Antragsberatung

Antrag 104 - Zuschuss Alzheimer Gesellschaft Mittelhessen e. V.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag 203 - Umbau Sportgelände Münchholzhausen

Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass bei Annahme des Antrages die Sportstätten-Prioritätenliste unbeachtet bleibt. Bgm. L a t t e r m a n n erklärte, dass die veranschlagten 60.000 € auskömmlich seien.

Abstimmung: 10.0.1

Antrag 204 - Konzept zur barrierefreien Stadtgestaltung

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 5.6.0

Antrag Jugendhilfeausschuss - Stellenplanänderungen

AV L i t z i n g e r erinnerte an den Antrag des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich zweier weiterer Stellen für den Allgemeinen Sozialen Dienst. Dieser werde nach Aussage von Bgm. L a t t e r m a n n nachgereicht (Red. Anm.: Der Antrag wurde unter Nr. 401 in den Geschäftsgang gegeben).

Antrag 214 - Behindertengerechter Ausbau von Bushaltestellen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 5.6.0

TOP 3

1185/08

Informationsveranstaltung zur Durchführung eines Projektes „Mehrgenerationenwohnen“

Stv. B o r c h e r s vertrat die Auffassung, dass nicht das Seniorenbüro, sondern der für das Mehrgenerationenhaus geförderte Caritasverband die richtige Stelle für die Federführung des Projektes sei. Stv. P. W e i ß begründete ihren Antrag damit, dass es nicht ausschließlich um Dalheim, sondern das gesamte Stadtgebiet gehe. Stv. M. W a g n e r sprach sich ebenfalls für die Betreuung durch das Seniorenbüro aus, zumal derzeit dort auch die Befragung „Wohnen im Alter“ durchgeführt und ausgewertet werde. Bgm. L a t t e r m a n n schloss sich dieser Auffassung an.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 4

1255/09

Städtische Museen Wetzlar Eintrittsbefreiung für Wetzlarer Schüler

Stv. B o r c h e r s fragte nach den zu erwartenden Einnahmeausfällen. Bgm. L a t t e r m a n n konnte dies nicht genau beziffern, ging aber von einem nicht

sehr hohen Betrag aus. Stve. A d a m i e t z vermutete, dass mehr Besuche stattfinden, wenn die Schulen von dem kostenlosen Eintritt erfahren.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5

1229/09

Optimierung der Verwaltungsgliederung - Sportamt -

Stv. M. W a g n e r kritisierte die Stellungnahme des Magistrats auf seinen Antrag. Er machte deutlich, dass es ihm nicht darum gehe, die Aufgaben des Sportamtes in Abrede zu stellen. Es gehe lediglich um veränderte Strukturen.

Abstimmung: 4.6.1

TOP 6

1271/09

Einführung eines Stadtpasses

Stv. M. W a g n e r erläuterte den von ihm gestellten Antrag. Inhaltlich solle es umfangreicher werden als beispielsweise der Seniorenpass, auch der Personenkreis sollte erweitert werden. Insbesondere SGB-II-Leistungsbezieher sollten in den Genuss der dort genannten Vergünstigungen kommen. Bei dem Antrag selbst handele es sich um ein mehrstufiges Verfahren.

Stv. B r e i d s p r e c h e r wünschte Zahlen zur Begründung des Antrages. Stv. M. W a g n e r verwies auf die Arbeitslosenstatistik der BA und die der Lahn-Dill-Arbeit. Stv. W e i d m a n n vertrat die Ansicht, dass mit der Einführung von Hartz IV der Teilhabeanspruch von Sozialhilfeempfängern weggebrochen sei. In den jetzigen Regelleistungen seien keine Anteile mehr für die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, sondern Anteile zum Erwerb von langlebigen Gebrauchsgütern, wie z. B. Waschmaschine, enthalten.

Stve. A d a m i e t z ging auf Details der Vergünstigungen ein: Beim ÖPNV würden Kinder bereits günstiger gestellt, bei den Bädern gebe es Familienkarten, die VHS biete bei Bedürftigkeit den teilweisen Erlass von Forderungen an. Von daher seien weiterreichende Regelungen entbehrlich.

Stv. B o r c h e r s könne dem Antrag so nicht zustimmen, da ihm die entstehenden Kosten fehlten. Er schlug vor, zunächst einen Prüfantrag zu formulieren, was von Stv. M. W a g n e r aufgenommen wurde. Er modifizierte seinen Antrag wie folgt:

“1. Der Magistrat wird beauftragt, den Entwurf einer Satzung vorzulegen, um die Einführung eines Stadtpasses vorzubereiten, der sich an folgenden Eckpunkten orientiert:

- ▣ Bestimmung des berechtigten Personenkreises

- Ermäßigungen bei der Inanspruchnahme insbesondere
 - des öffentlichen Personennahverkehrs
 - der Schwimmbäder in Wetzlar sowie des Hallenbades Waldgirmes
 - der Volkshochschule der Stadt Wetzlar
 - der städtischen Museen und Sammlungen
 - der städtischen Angebote der Jugendpflege und der Jugendbildungsarbeit
 - der Musikschule Wetzlar e. V.
 - der Wetzlarer Festspiele e. V.
- Regelung des Verfahrens (insbesondere Nachweis der Anspruchsberechtigung, individuelle Geltungsdauer des Stadtpasses)
- Integration der bisher bereits vergünstigt bereitgestellten kommunalen Leistungen (wie z. B. im Rahmen des "Seniorenpasses") in den "Stadtpass".

2. Der Entwurf der Satzung zur Einführung des Stadtpasses ist der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung am 19. Mai 2009 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen; er soll sowohl Aussagen zu den Aufwendungen als auch zu dem entstehenden Verwaltungsaufwand enthalten.“

Stv. M. W a g n e r erklärte, er habe die entstandenen Kosten aus Marburg verglichen und komme für Wetzlar auf ca. 180.000 € jährlich. FrkV Dr. B ü g e r fragte an, ob hierzu noch Einkommensprüfungen notwendig würden. Stv. Dr. F. W a g n e r erkundigte sich nach den Kriterien aus Marburg. Stv. M. W a g n e r hielt den aktuell gültigen Leistungsbescheid der jeweiligen Behörde für ausreichend.

Bgm. L a t t e r m a n n hielt den Verwaltungsaufwand für nicht gerechtfertigt. Die Frage des Stv. M. W a g n e r, wie die Überprüfung beim Seniorenpass derzeit durchgeführt werde, konnte von Bgm. L a t t e r m a n n nicht beantwortet werden. Auch eine Änderung des Antrages in einen Prüfauftrag könne lt. Stv. B r e i d - s p r e c h e r keine Zustimmung finden, da damit eine Präjudizierung statfinde.

Abstimmung über den von Stv. M. Wagner geänderten Antragstext (s. o.): 5.6.0

TOP 7

1214/09

**Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit
„Soziale Stadt“, Silhöfer Aue / Westend**

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8

Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"

a) Westend

b) Niedergirmes

- Sachstandsbericht -

Herr **M a t z k e** berichtete über aktuelle Aktivitäten im Westend und in Niedergirmes.

Stv. **W e i ß** verwies auf Unfälle mit Kindern aufgrund von starkem Busverkehr im Westend, worauf Herr **M a t z k e** erklärte, dass das Ordnungsamt derzeit eine Änderung der Verkehrsführung prüfe. Ihm sei allerdings „nur ein“ Unfall bekannt.

TOP 9

Verschiedenes

- Auf Nachfrage von Stv. **A g e l** erklärte Bgm. **L a t t e r m a n n**, dass die Renovierung der Sporthalle Dutenhofen nächstes Jahr stattfinden werde, die Aufträge dazu würden in diesem Jahr erteilt.

- AV **L i t z i n g e r** verwies auf den am 24.03.2009, 17.00 Uhr, stattfindenden „Spatenstich“ für den Neubau der Philipp-Schubert-Schule in Hermannstein.

AV **L i t z i n g e r** schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 28. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

L i t z i n g e r

F e t h